

ÄNDERUNGS-

UND INITIATIVANTRÄGE

2. ordentliche Landesdelegiertenkonferenz 2017

Schloss 19 | Schlosstraße 19 | 14057 Berlin



Inhalt

I2_2/17.....	4
Änderungsanträge.....	6
Geschäftsordnung.....	7
Antragsbereich B: Bildung.....	8
Antragsbereich D: Demokratie, Partizipation und Kampf gegen menschenfeindliche Einstellungen	18
Antragsbereich E: Europa, Internationales.....	20
Antragsbereich F: Feminismus, Gleichstellung.....	21
Antragsbereich I: Inneres, Verwaltung.....	23
Antragsbereich M: Flucht, Asyl und Migration.....	26
Antragsbereich O: Organisation und Parteireform.....	33
Antragsbereich S: Sport, Freizeit, Kultur.....	35
Antragsbereich T: Teilhabe und soziale Gerechtigkeit.....	36
Antragsbereich U: Umwelt und Verbraucher*innenschutz.....	44
Antragsbereich V: Verkehr und Mobilität.....	49

Antragssteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

I2_2/17 Austritt aus der Kirche erleichtern - Kostenloser Kirchaustritt jetzt!

Wir fordern das Land Berlin auf, die Gebühr für Kirchaustritte von derzeit 30 € abzuschaffen und den Kirchaustritt für Berliner Bürger*innen kostenlos anzubieten.

Mit diesem Schritt wird der Austritt besonders für Menschen mit geringem oder keinem Einkommen erleichtert.

Die Bearbeitungskosten für einen Kirchaustritt sollten nicht vom Staat oder seinen Bürger*innen getragen werden. Es ist wünschenswert, dass die Bearbeitungskosten für Kirchaustritte mit den Einnahmen über die Kirchensteuer verrechnet werden.

Begründung: Jedes Jahr treten über eine halbe Million Menschen aus der evangelischen oder katholischen Kirche aus. 36% der Bundesbürger*innen sind inzwischen konfessionslos (Stand 2016), und die Zahl wächst weiter an. Die zunehmende Loslösung des Staates von der Kirche begrüßen wir sehr.

Es ist schwer nachzuvollziehen, auf welcher Grundlage für den Kirchaustritt eine Gebühr erhoben wird, wenn man vor der Religionsmündigkeit (14 Jahre) von den Eltern getauft wurde.

Es gibt viele Menschen, die in eine der beiden Großkirchen hineingeboren und als Kleinkind getauft wurden, sich aber nicht mit den christlich-kirchlichen Werten identifizieren können.

Die Gründe weswegen sie trotzdem nicht aus der Kirche austreten sind vielfältig:

- Kirchaustritte sind in einigen Milieus mit sozialem Stigma verbunden.
- Der Austritt eines Familienmitglieds wird in vielen christlichen Familien nicht akzeptiert; Ausgetretene werden diffamiert.
- Aufgrund mangelnder Aufklärung denken viele Menschen, sie könnten nach einem Austritt nicht zusammen mit ihrer Familien beerdigt werden. Sinnähnliche Gerüchte sind weit verbreitet.
- Kinder werden stigmatisiert, weil es in ländlichen Regionen für Konfessionslose keine Alternative zum Religionsunterricht gibt.
- *Der Austritt ist mit einer Gebühr verbunden.*

Anstatt aus der Kirche auszutreten, zahlen viele Menschen daher weiter jeden Monat Kirchensteuer. Die Kirche nimmt über die Kirchensteuer rund 9 Milliarden Euro ein.

Es ist daher auch nicht nachvollziehbar, warum der Staat die Bearbeitungsgebühr selbst tragen sollte. Sie sollte an die Kirchen weitergegeben werden.

Änderungsanträge

Geschäftsordnung

GO

1. zu GO

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 6, Punkt 11 ersetze „ist das Nichteinhalten der geschlechtergerechten Schreibweise auf der LDK zu begründen.“ durch „wird der Antrag nicht befasst.“

Antragsbereich B: Bildung

Antrag B1_2/17

1. zu B1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S.9.Z4: ersetze: „sinnvolle und nützliche“ durch „sinnstiftende“

2. zu B1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S.9.Z.5: streiche: „dieser nachgehen zu können“

3. zu B1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S. 9 Z8: ersetze „zu sein“ durch „werden zu können“

4. zu B1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S.2, Z.11. Streiche „die“ + Füge ein hinter „Module“ „wie“

5. zu B1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S. 9 Z. 13 fügen ein nach: „Jahrgangsstufen 8.-10.“ Neuer Satz:

„Schüler*innen wird die Verwertungslogik des Kapitalismus durch den immer wieder erhobenen Anspruch der Verbesserung des eigenen „Humankapitals“ als Maxime eingetrichtert, statt Alternativen aufzuzeigen.

6. zu B1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S.10 Z.5 füge ein neuer Absatz: „Wichtig ist zudem, dass die genannten Themen in eine Vielfalt von Weltanschauungen wertfrei einzubetten sind.

7. zu B1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelberg

S. 10, nach Z. 10, füge ein „im Rahmenlehrplan aller Berufsschulen“

1. zu B2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelberg

S. 11, Z. 1, füge ein hinter „Senates“: und die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses“

2. zu B2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelberg

S.11, Z. 3, ersetze „10 Klasse“ durch: zum Beenden der Schullaufbahn (eingeschlossen Berufsschulen)“

3. zu B2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

Z.3: Füge ein nach 10 “der Politikunterricht als eigenständiges Fach im Umfang von mindestens 1 Schulstunde wöchentlich unterrichtet wird.”

4. zu B2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte, Jusos Neukölln

Z.5-8: streichen

5. zu B2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Füge S. 11 Zeile 1- 8 „Die SPD-Mitglieder...“ bis „...verhältnismäßig“ hinter S.12 Z. 12

6. zu B2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Ersetze S.11 Z.7: „Die Extrabelastung“ durch „Die zusätzliche Schulzeit“

7. zu B2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S11 Z 10 Streiche “Begründung”

8. zu B2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Streiche: S.11 Z. 10 „Begründung“

Füge ein als zusätzliche Forderung: „Die Anhebung muss über Neueinstellungen geregelt werden und darf keinesfalls zu Lasten bereits vorhandener Lehrkräfte geschehen.“

Füge ein als zusätzliche Forderung: „Der Politikunterricht sollte zum einen das Politische System beinhalten, den Schüler*innen aber auch Partizipationsmöglichkeiten näher bringen.

Politikunterricht ist nur dann sinnvoll, wenn Schüler*innen verstehen, dass sie teilhaben können an der Gestaltung der Gesellschaft.“

1. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
Gendere gesamten Antrag

2. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
Rücküberweisung in den AK Bildung

3. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelberg
streiche Weiterleitung Landesparteitag

4. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Reinickendorf, Jusos Pankow, AK Bildung – Kompromiss
S. 13 Ersetze in Z. 5 nach „Teilhabeanspruch“: „an der Gestaltung ihres Lebens ab.“

5. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Reinickendorf, Jusos Pankow, AK Bildung – Kompromiss
S.13 Streiche in Z. 10 Satz zwei: „Denn nur wenn..“

6. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
S. 13
Z.11: streiche „praktisch“

7. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
Ersetze S 13 Z 13 - 16 durch
“Diese demokratischen Werte sollen Schüler*innen nicht nur vorgelebt und beigebracht werden, sondern es soll ihnen auch die Möglichkeiten zur Partizipation und dem aktiven Ausleben dieser Werte gegeben werden.“

8. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Reinickendorf, Jusos Pankow, AK Bildung – Kompromiss
S. 13 Ersetze Z. 17-23 durch: „Ganz im Sinne Theodor W. Adornos steht die Forderung, dass die Schüler*Innen durch Ihre Vertretung bei der Ausgestaltung des Lehrplans und den Umfeld Schule mitwirken. So werden die Schüler*Innen daran gewöhnt, dass was in Schulen geschieht, die Folgen seiner/ ihrer Entscheidung ist – nicht vorweg gegebener Entscheidung ist.
Ersteres nennt sich Partizipation, letzteres Fremdbestimmung.“

9. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Reinickendorf, Jusos Pankow, AK Bildung – Kompromiss
S. 13 Ergänze Z. 26 nach „Beteiligen“ um: „Doch was ist Schulpolitik eigentlich? Hier befürworten wir eine differenzierte Verwendung der Begriffe Bildungs- und Schulpolitik. Während Bildungspolitik die Ausstattung der Schulen und die Rahmensetzung auf staatlicher Ebene ist, meint Schulpolitik einen

innerschulischen Diskurs über die Art der Umsetzung bzw. Interpretation vorgegebener Sachverhalte.“

10. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Reinickendorf, Jusos Pankow, AK Bildung – Kompromiss
S. 13 Ergänze Z. 27 nach „mitzubestimmen“ um „(an der Schulpolitik teilzuhaben)“.

11. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Reinickendorf, Jusos Pankow, AK Bildung – Kompromiss
S. 13 Versetze Abschnitt D. hinter Abschnitt A. und nenne ihn B. Benenne den bisherigen Abschnitt B. In C.

12. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
Ersetze S 13 Z 27-32 durch:
“Das Recht der Schüler*innen mitzubestimmen ergibt sich aus der Schulpflicht überhaupt: keine Verpflichtung ohne Repräsentation.“

13. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
Streiche S 13 Z. 31-32: „So ergibt sich aus der Schulpflicht das Recht der Schüler*innen auf Repräsentation und Partizipation überhaupt“

14. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
S. 13 Z. 27-32: streiche nach Schulpflicht bis überhaupt

15. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
Ersetze S 14 Z 2:
“Die Verfassung des Berliner Schulgesetz (BschulG)” durch “Der Teil Schulverfassung im Berliner Schulgesetz”v

16. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Reinickendorf, Jusos Pankow, AK Bildung – Kompromiss
S. 14 Ergänze Z. 16 vor „konservatives“ um „struktur“ sodass da nunmehr „strukturkonservatives“ steht.

17. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Reinickendorf, Jusos Pankow, AK Bildung – Kompromiss
S. 14 Füge nach Z. 16. Satz eins ein: „Sein Fundament wurzelt immer noch in der Kaiserzeit. Die Schulpflicht wurzelt auf den Verständnis, dass gebildete Menschen bessere Christen seien, und bessere Christen dem Gottgegebenen Kaiser treuer ergeben sind. Die vermittelten sekundär Tugenden orientieren sich an einem funktionsfähigen Militär. Der Lehrer als unantastbare Autorität prägt die autoritäre Erziehung. Die Stunden Taktung ist orientiert am Schichtsystem der Arbeiter. Und auch wenn vieles mit unseren heutigen Vorstellungen verinnt, so sieht ein Großteil der

Schüler*innen Schule als Firma, der man verpflichtet ist, deren Entscheidung aber von der Schulleitung -besser- Unternehmensleitung getroffen werden.“

18. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Streiche S 14 Z. 20-21: „Hinzukommend wird Schule als „Ort struktureller Gewalt“ aufgefasst, einen Ort, der absolute Autoritäten braucht, um zum Erfolg zu führen.“

19. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Reinickendorf, Jusos Pankow, AK Bildung – Kompromiss

S. 14 Ersetze Z. 24 nach „Bildungswesen“ durch „hat jede Entscheidungsfindung und jedes Regelwerk im Grundsatz vom Souverän Schulgemeinschaft auszugehen.“

20. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Reinickendorf, Jusos Pankow, AK Bildung – Kompromiss

S. 14 Ersetze in Z. 35 „belanglosen“ durch „gleichgültigen“

21. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Reinickendorf, Jusos Pankow, AK Bildung – Kompromiss

S. 15 Ändere die Aufzählung so ab das da steht:

1. Schüler*innen sind zum Engagement zu ermuntern und in die Planung des Schulalltags mit einzubeziehen.
2. Die Schülervvertretung soll von der Schulsozialarbeit in ihrer Organisation unterstützt werden.
3. Der Senat stellt den Schulen für die Aktivitäten der Schülervvertretungen ein finanzielles Budget zur Verfügung. Die Größe misst sich an der Größe der Schule. Die konkrete Akquirierung der Mittel ist über die Schulleitung unter notwendigen Einbezug der Schülervvertretung zu bewerkstelligen.

22. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Ersetze S15 Z1: “intensiver (ihrer Reife entsprechend)” durch “intensiv”

23. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S. 15 Z. 1: streiche “ihrer Reife entsprechend” + ersetze “Es ist zu prüfen, wie weit” durch: Weiterhin fordern wir die Implementierung innerschulischer Partizipation in allen Unterrichtsfächern. Dafür müssen entsprechende Konzepte entwickelt werden.

24. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 15, Z. 7-8, ersetze „sind an vielen Stellen mit der Weite ihrer Aufgaben überfordert“ durch: „können bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben Rat gebrauchen“.

25. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S. 15 Z. 10: ersetze sind durch sollen + ermuntern durch befähigen + "ihrer Reife entsprechend sollen sie weitestgehend" durch "Die SuS sollen in die Planung des Schulalltages... Dies kann u.a. mit der Einführung von Klassenräten erfolgen."

26. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Ersetze S15 Z 10/11 den Satz "Ihrer Reife" bis "werden." durch "Schüler*innen werden in alle Teile der Planung des Schulalltags mit einbezogen."

27. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Streiche S15 Z10 den Satz ab

"Schüler*innen sind zum Engagement zu ermuntern."

28. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 15, Z. 17, füge an: „5. Schülervertretungen werden ermutigt an Fortbildungen Freier Träger zur Organisation der Schülervertretung teilzunehmen. Das Land Berlin unterstützt Freie Träger darin finanziell.“

29. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 15, Z. 17, füge an: „6. Eine Zensur findet nicht statt. Das Recht der Schulleiter*innen den Vertrieb einer Schülerzeitung auf dem Schulgrundstück im Einzelfall zu untersagen wird abgeschafft (Streichung §48 Absatz 3 BSchulG), Schülerzeitungen werden allein den allgemeinnn Gesetzen unterworfen.“

30. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Streiche S15 Z36

"Gerecht werden"

31. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Reinickendorf, Jusos Pankow, AK Bildung – Kompromiss

S. 15 Rücke Z. 36 f. Ein sodass es an Z. 35 anschließt.

32. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Reinickendorf, Jusos Pankow, AK Bildung – Kompromiss

S. 16 Ersetze Forderung 1. (Z. 28 – 32) durch „Schulen werden dazu verpflichtet, eine Gremien übergreifende Zusammenarbeit auf zeitliche und Inhaltliche Weise zu koordinieren und dadurch zu gewährleisten. Zur Umsetzung dieser Forderung, empfehlen wir eine Ergänzung des Berliner Schulgesetzes um einen Paragraphen 116a „Grundsätze für die Zusammenarbeit der Gremien“. Der Wirkungsbereich soll sich erstlinig auf die Beschlussfassenden Gremien beschränken (GSV, GEV, GK und SK).“

33. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
Streiche S16 Z 11-13
"Ein anderes Beispiel" bis "banal klingt."

34. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
Streiche S17 Z11
"Anwesenden"

35. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
Streiche S17 Z 7-14

36. zu B3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
S. 17, Z. 26, füge an: „7. Wir fordern die Einführung der Drittelparität in der Schulkonferenz. Eltern, Lehrer*innen und Schüler*innen sollen jeweils gleich viele Stimmen haben, sodass die Schulleitung keine zusätzliche Stimme innehat und sich als Vertretung der Lehrkräfte wählen lassen kann.“

1. zu B4_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
Streiche S18 Z2 den Satz "Die wachsende Stadt" bis "Bildungsoffensive."

2. zu B4_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S.18 Z.2 streiche: „Zwar ist“ und füge hinter „Berlin“ ein: „ist“

3. zu B4_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S.18 Z.3 streiche: „dennoch“

4. zu B4_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S.18 Z.5 ersetzt: „Trotzdem“ bis „Gründe“ durch: „Die Maßnahmen genügen nicht es herrscht weiterhin großer Lehrkräftemangel.“

5. zu B4_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S.18 Z.20: streiche: „bestand bzw.“

6. zu B4_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S.18 Z.22 bis 26 streiche: „Bestand“ bis „untere Klassen.“

7. zu B4_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelberg
S. 18, Z.26: Füge ein hinter „für untere Klassen“: „, betroffen sind“.

8. zu B4_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S.18 Z.26: „Hier“ bis „Lohn“ ersetze durch: „Die unterschiedliche Bezahlung muss ein Ende haben. Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit.“

9. zu B4_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S.18 Z.27 einfügen hinter: „Lehramtstypen“: „gegeneinander“

10. zu B4_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S.18 Z.28 bis S.18 Z.3 streiche: „Egal“ bis „insgesamt.“

11. zu B4_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S.19 Z.8 streiche „GEW“

12. zu B4_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 19, Z.11 ersetze „halbjährlich“ durch „jährlich“

13. zu B4_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S.19 Z.12 füge ein hinter: „muss“: Langfristig wollen wir eine Abschaffung der Quoten und allen Menschen die möchten einen Zugang zum Lehramtsstudium ermöglichen.

14. zu B4_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 19, Z. 19 ersetze Satz „Diesen“ bis „Ansatz“ durch:

„Diesen Schritt auch weiterhin zu gehen, so wie es seitens der Senatorin für Bildung verkündet wurde, ist in der jetzigen Situation nötig, dennoch sehen wir diese Personalentwicklung kritisch.“

15. zu B4_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Reinickendorf

Seite 19, Zeile 13, füge ein neuen Bulletpoint: „dass bei einem größeren Angebot an Studienplätzen die staatlichen Mittel für die jeweiligen Universitäten proportional aufgestockt werden.“

16. zu B4_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelberg

S.19, Z.14-15, ersetze durch: „ eine Studienplatzgarantie für den Übergang in den Master für alle Lehramtsstudiengänge“

17. zu B4_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Füge ein S20 Z17 nach “einschreiben.”: “Des Weiteren sollen die Möglichkeit zur Einschreibung auch dann gegeben sein, wenn keine 20 ECTS in einem weiteren relevanten Fach gegeben sind. Stattdessen soll eventuelle Berufserfahrung in einem weiteren relevanten Fach mit berücksichtigt werden oder innerhalb des Q Masters die Möglichkeit der Nachholung dieser Qualifikation gegeben sein.”

18. zu B4_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 20, Z. 27 füge ein: „Darüber hinaus fordern wir, dass die Unterrichtspflichtstunden für Quereinsteiger*innen reduziert und den Unterrichtspflichtstunden von Referendar*innen gleichgestellt wird.“

19. zu B4_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 20, Z. 34 füge ein:

„Deshalb fordern wir auch, dass das Gehalt von Lehrer*innen zu 100% tariflich gesichert wird – das gilt auch für die Zulage für angestellte Lehrer*innen, die Berlin bisher außertariflich zahlt.“

20. zu B4_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S.20 Z.37 ersetze: „flächendeckendes“ durch „fleckendeckend einheitliches“

Antragsbereich D: Demokratie, Partizipation und Kampf gegen menschenfeindliche Einstellungen

Antrag D1_1/17

1. zu D1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

Gesamter Antrag: ersetze Adel durch „Adel“ und adlig durch „adlig“

2. zu D1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S. 23 Z.0: Ersetze „BuKo“- durch „Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion“

3. zu D1_2/17

Antragsteller*innen: Niclas von Caprivi

Ersetze in Seite 23 Zeile 1-4 durch: „Wir fordern, dass das deutsche Namensrecht geändert wird. Zukünftig soll es allen erlaubt sein, als Namensbestandteile geführte Adelstitulierungen und -prädikate dem Namen hinzuzufügen.“

4. zu D1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Füge ein nach S23 Z4

“Bei mehreren Adelstitulierungen wird der Name in einen Doppelnamen geändert.“

5. zu D1_2/17

Antragsteller*innen: Niclas von Caprivi

In Seite 23 Zeile 18 streiche „wie in Österreich“

6. zu D1_2/17

Antragsteller*innen: Niclas von Caprivi

Ersetze in Seite 23 Zeile 19-20 „sondern hätten gleich die gesamte Adelstitulierung streichen können“ durch „sondern hätten gleich alle Menschen zu diesen Namenszusätzen berechtigen können“

7. zu D1_2/17

Antragsteller*innen: Niclas von Caprivi

Streiche Seite 24 Zeile 9-19

8. zu D1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S. 24 Z. 16-17 streiche “Lasst” bis “machen!”

1. zu D3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Reinickendorf, Jusos Mitte, Jusos Neukölln

Seite 26, Zeile 0: „Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:“

2. zu D3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Füge an S26 Z5Ende an: “Wir fordern den Berliner Senat und das Landeswahlamt auf ein Verfahren zu entwickeln, um bis zum Wahltag um 18h ausweislos wählen zu können.”

3. zu D3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Marzahn-Hellersdorf

Füge am Ende von Seite 26 Zeile 5 ein: „Zudem fordern wir, dass zeitweise mobile Ämter eingerichtet werden um in sozialen Einrichtungen die Beantragung von Ausweisdokumenten und zur Aufnahme ins Wahlregister möglich gemacht werden.“

4. zu D3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Streiche S26 Z7

Antragsbereich E: Europa, Internationales

Antrag E1_2/17

1. zu E1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

Z. 0: Ergänze „Die S&D-Fraktion möge beschließen“

2. zu E1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

Z. 1: ergänze nach "Feiertag": "zunächst in Berlin und langfristig in der gesamten Europäischen Union."

Antragsbereich F: Feminismus, Gleichstellung

Antrag F1_2/17

1. zu F1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
gendere den Gesamtantrag

2. zu F1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
S. 28, Z.0 Überschrift Ersetze „Traualtar“ durch „Ehe“

3. zu F1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
Z. 0: ersetze “Traualtar” durch “Trauschein”

4. zu F1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf, Jusos Mitte
Streiche S29 Z16-22

5. zu F1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf
S. 29, Z. 40 füge ein nach „auf zwei Personen“: „ ,den Ausschluss vom Adoptionsrecht“.

6. zu F1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelberg
S. 29, streiche Z. 42+43

7. zu F1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
Streiche S30 Z1-10

8. zu F1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
S. 30 Z. 8-10 streichen

1. zu F2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Füge ein: „Der Juso-Bundeskongress möge beschließen:“

2. zu F2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelberg

S. 31, streiche Weiterleitung an den Bundesparteitag

3. zu F2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 31, Z. 1-5 bis „erheben“ durch: „Mainstream-Pornos zeigen in der Regel sexistische und rassistische Stereotype, in denen Konsens kein Thema ist und die bestimmten, „optimalen“ Körpertyp zum Standard erheben.“

4. zu F2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 31, Z. 8 füge ein nach „Ausprobieren.“: „Diese Darstellungsformen in Mainstream-Pornos können Konsument*innen in ihrer Sexualität und im Menschenbild nachhaltig beeinflussen“.

5. zu F2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 31, Z. 8 ersetze „Die“ durch „Auch“.

6. zu F2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 32, Z. 1 ersetze „gerade“ durch „auch“.

7. zu F2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelberg

32, streiche Z. 1-13

8. zu F2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelberg

S. 32, Z. 5, ändere in Landeszentrale

9. zu F2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 32, Z. 11-13: Ersetze durch: „Durch den Kauf und das kostenlose Verfügbarmachen in der Online-Mediathek der öffentlich-rechtlichen Sender. Wir fordern, dass die Altersfreigabe für Pornografie hierfür überprüft und ggf. herabgesetzt wird.“

Antragsbereich I: Inneres, Verwaltung

Antrag I1_2/17

1. zu I1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 33, Z. 4-8 von „Dazu gehört..“ bis „...Grundrechtes zu behindern.“ streichen.

2. zu I1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 33, Z. 10f. Von „Die Eskalation der Gewalt...“ bis „...sowie der Polizei.“ streichen.

3. zu I1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Reinickendorf

Seite 33, Zeile 20-29, streiche und ersetze durch:

„Daher fordern wir:

- Weiterentwicklung von deeskalativen Polizeistategien und deren Berücksichtigung in Aus- und Weiterbildung von Polizist*innen
- keine Schusswaffen auf Demonstranten
- Mitführen von anderen Waffen wie Pfefferspray nur in festgestellten Ausnahmefällen und nicht als Standardausrüstung für den Einsatz bei Demonstrationen

4. zu I1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 33, Z. 24 „Schusswaffen“ streichen.

1. zu I1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 33, Z. 4-8 von „Dazu gehört..“ bis „...Grundrechtes zu behindern.“ streichen.

2. zu I1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 33, Z. 10f. Von „Die Eskalation der Gewalt...“ bis „...sowie der Polizei.“ streichen.

3. zu I1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Reinickendorf

Seite 33, Zeile 20-29, streiche und ersetze durch:

„Daher fordern wir:

- Weiterentwicklung von deeskalativen Polizeistrategien und deren Berücksichtigung in Aus- und Weiterbildung von Polizist*innen
- keine Schusswaffen auf Demonstranten
- Mitführen von anderen Waffen wie Pfefferspray nur in festgestellten Ausnahmefällen und nicht als Standardausrüstung für den Einsatz bei Demonstrationen

4. zu I1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 33, Z. 24 „Schusswaffen“ streichen.

5. zu I2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Z. 2 füge ein nach „anzubieten.“: „Der Kirchenaustritt soll auch bei Bürgeramt sowie über den Online-Service der Bürgerämter möglich gemacht werden“

6. zu I2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

(auf S.35), Z.8: Füge ein: - Darüber hinaus streben wir aber an, dass der Staat für die Kirchen gar keine Steuern mehr einsammelt.

7. zu I2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Füge ein in Z. 4: „Alle Bürger*innen ab 18 Jahren sind vom Bürgeramt zu fragen, ob sie aus der Kirche austreten wollen.“

8. zu I2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Z. 10 streiche Satz von „Die“ bis „sehr“.

9. zu I2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Z. 25 streiche „Der“ bis „verbunden“.

10. zu 12_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Z. 25 füge ein nach „verbunden.“: „Neben diesen nicht-monetären Gründen erhöht der Staat die Hemmschwelle für den Austritt zusätzlich durch die Austrittsgebühr.“

Antragsbereich M: Flucht, Asyl und Migration

Antrag M1_2/17

1. zu M1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Streiche: „Der Bundeskongress...“

Streiche: „Der Landesparteitag...“

Streiche: „Der Bundesparteitag...“

2. zu M1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 36, Titel füge ein vor „Binnengeflüchtete“: „Resolution:“

3. zu M1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Ersetze S36 Z7 “Familie” durch “Menschen“

4. zu M1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 39, Z. 31 „willkürlich“ streichen.

5. zu M1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 40, Z. 5-6: Ersetze durch „...“, haben im Schulalter befindliche Geflüchtete Unterricht zu erhalten, der...“

6. zu M1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 40, Z. 10 füge ein: „- Binnengeflüchtete müssen ihren Zufluchtsort selbst frei wählen dürfen. Sie dürfen nicht von Machthabenden z.B. als Faustpfand missbraucht werden und an einen Ort gezwungen werden.“

7. zu M1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 40, Z. 31 füge ein: „- Die UN, die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland müssen sich verpflichten, allen Menschen, die aus finanziellen, politischen oder anderen Gründen nur innerhalb ihres Herkunftslandes fliehen können, obwohl sie es eigentlich verlassen wollen, zu unterstützen, einen Zufluchtsort außerhalb ihres Herkunftslandes zu erreichen.“

1. zu M2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 42, Überschrift ersetzen durch: Die Ausländerbehörde abschaffen und durch eine Willkommensbehörde ersetzen!“

2. zu M2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Füge ein S. 42 Z.21

Die Interaktion von Kund*innen und Sachbearbeiter*innen ist immer wieder durch eine asymmetrische Kommunikationsbasis gekennzeichnet. Diese ergibt sich mithin aus sprachlichen Schwierigkeiten seitens der*des Kundin*Kunden, kulturellen Unterschieden und mithin des Bittstellerstatus, welchem sich die*der Kundin*Kunde ausgesetzt sieht. Für Kund*innen ist der Gang in die Ausländerbehörden deshalb häufig mit einem starkem Gefühl des Unwohlseins verbunden.

3. zu M2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 42, Z. 21 nach „...nur weiter verzögern.“ neuer Absatz einfügen: „Die Ausländerbehörden in Berlin und anderswo in Deutschland sind zutiefst von institutionellen Rassismus durchsetzt. In ihnen herrscht eine Hierarchie nach Herkunftsregion. In den jeweiligen Abteilungen werden Vorurteile gepflegt, die auf vermeintliche Erfahrungen gestützt seien. Den Ausländer*innen wird mit einer omnipräsenten Unterstellung des Betrugs begegnet. Die so institutionalisierte Abwertung der Ausländer*innen mündet in eine systematische Diskriminierung, die sie zu Bittsteller*innen degradiert und als potenziell Abzuschiebende bzw. Auszuweisende behandelt. Eine solche Einrichtung darf keinen weiteren Bestand haben!“

4. zu M2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 42, Z. 22f. Bis „...getan wurde.“ streichen.

5. zu M2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 42, Z. 25-28 streiche ab „Große Anstrengungen...“.

6. zu M2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 43 , Z. 1-6 streichen.

7. zu M2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 43, Z. 12 nach „Daher fordern wir“ einfügen: „Die bisherige Ausländerbehörde wird abgeschafft und eine neue Willkommensbehörde, die sich als Dienstleistungsbehörde für Ausländer*innen versteht, wird eingerichtet. Ihr Auftrag besteht darin, für die Ausländer*innen den Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland rechtlich zu ermöglichen. Außerdem tritt sie vermittelnd im Sinne der Ausländer*innen gegenüber anderen Behörden auf.“

8. zu M2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 43, Z. 19: ersetze durch: „eine Überprüfung aller Informationen, die Ausländer*innen beispielsweise durch Personal oder Webangebote erhalten haben, auf Richtigkeit und einen transparenten Umgang in der Beratung.“

9. zu M2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Reinickendorf

Seite 43, Zeile 19-20, streiche und ersetze durch:

„- eine Überprüfung aller Informationen auf der Website der Ausländerbehörde, sowie in anderen Informationsmaterialien

- die Transparenz des Bearbeitungsprozesses und der Möglichkeiten für Ausländer*innen innerhalb von Beratungen zu gewährleisten“

10. zu M2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 43, Z. 20. Füge nach nach „Überprüfung.“: „Darüber hinaus ist zu gewährleisten, dass stets alle Voraussetzungen, erforderlichen Unterlagen und sonstige wichtige Informationen zu sämtlichen Dienstleistungen online aufgelistet sind.“

11. zu M2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Füge ein S. 43 Z. 21

- den konsequenten Abbau von (beabsichtigten oder unbeabsichtigten) Schikanen für Kund*innen sowohl in der Gestaltung der Räumlichkeiten als auch in der Kommunikation zwischen Kund*innen und Sachbearbeiter*innen.

12. zu M2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 43, Z. 22 ersetze „Beamt*innen“ durch „Beschäftigte“.

13. zu M2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S. 43 Z. 26: Ergänze - die Umbenennung der Behörde in “Migrationsbehörde”

14. zu M2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelberg

setze ein auf Seite 43, Zeile 26 „einen Ausbau von E-Governance“

1. zu M3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

Z. 0: Ergänze „YES möge beschließen“ sowie „Die S&D-Fraktion möge beschließen“

2. zu M3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S.44 Ergänze bei Adressat*innen: „Die S&D-Fraktion im Europaparlament möge beschließen.“

3. zu M3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 44, Z. 17 einfügen: „Die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland versuchen die europäischen Außengrenzen weiter vom Mittelmeer weg in die Sahara zu verlegen, um die Migration auf den europäischen Kontinent weiter zu erschweren. Unter dem Vorwand der Terrorismus- und Schlepperbekämpfung werden Grenzanlagen ausgebaut und der Grenzschutz militarisiert. Dazu schrecken die EU-Staaten nicht vor einer Kooperation mit Diktaturen zurück. Schon heute ist der Weg durch die Wüste ähnlich gefährlich wie der darauffolgende Weg über das Meer. Sie ist schon heute ein vergessener Friedhof – allerdings werden die Leichen nicht angespült und NGOs können die nordafrikanischen Staaten kaum bewegen, weil weder Sicherheit noch rechtsstaatlicher Schutz vor Willkür garantiert ist.“

4. zu M3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 44, Z. 19 „und eine gerechte Verteilung“ streichen.

5. zu M3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Füge ein in S. 44; Z. 29:

Über Parteien hinweg kommt sowohl aus Deutschland als auch aus anderen Ländern der EU immer wieder die Forderung zur Bekämpfung von sogenannten Fluchtursachen. Gemeint sind hier eine ganze Bandbreite von Maßnahmen, die sich wahlweise auf die ‚Bekämpfung‘ von Armut und kriegerischen Konflikten oder Direktmaßnahmen in sogenannten Drittstaaten zur Verhinderung von Fluchtmöglichkeiten richten. Diese Form von aktionistischem Handeln lehnen wir ab. Als internationalistischer Jugendverband erkennen wir an, dass Menschen solange von ihren Heimatländern flüchten werden, wie globale Ungleichheiten, sowohl in ökonomischer Hinsicht als auch in Belangen der körperlichen Unversehrtheit sowie der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe, in dem Ausmaß existieren, wie es heute der Fall ist. Mit ein wenig Entwicklungszusammenarbeit und Hochrüstung der Grenzen in Drittstaaten ist es deshalb nicht getan. Deutschland und die Europäische Union insgesamt tragen zu einem erheblichen Teil zur Verstetigung von globalen Ungleichheiten durch asymmetrische Handelspolitik, Waffenexporte und teils imperialistische Außenpolitik bei. Die Flucht bietet deshalb für viele Menschen eine wesentlich konkretere Perspektive, ihre Lebensumstände zu verbessern – und in letzter Konsequenz ihr Leben zu retten – als vage Zusagen der Entwicklungszusammenarbeit, die mithin einzig auf das Erschließen von neuen Märkten ausgerichtet sind. Bestünde tatsächlich ein ernst gemeintes Interesse an der Bekämpfung von Fluchtursachen durch die Europäische Union – und nicht an der Bekämpfung von

Flucht –, müssten Maßnahmen in viel stärkerem Ausmaß auf die Bekämpfung von globalen Ungleichheiten ausgerichtet sein.

6. zu M3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 44, Z. 31f. „wie früher mit der Mission 'Mare Nostrum' der Fall“ streichen.

7. zu M3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 44, Z. 34 nach „erschweren“ einfügen: „Die frühere Mission 'Mare Nostrum' war eine Seenotrettungsmission, die zumindest ein Mindestmaß an Hilfe gewährte – auch wenn sie ebenfalls bereits Ansätze der aktuellen Fehlentwicklung enthielt.“

8. zu M3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 45, Z. 24 nach „Wir fordern daher:“ einfügen: Es muss eine humanitäre Visafreiheit eingeführt werden. Jeder Grenzübertritt – ob auf dem Land-, See- und Luftweg – mit dem Ziel, in einem Staat einen Asylantrag zu stellen, muss legalisiert sein. Diese Regelung muss die Durchreise einschließen.“

9. zu M3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 45, Z. 25 nach „legalen Einreise“ einfügen: „und zur Übernahme der Reisekosten“.

10. zu M3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 45, Z. 28 Ergänze nach „...zur Verfügung stellen“ „und den sicheren Transport in die Europäische Union organisieren und finanzieren.“

11. zu M3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 45, Z. 36 füge ein: „Die EU-Richtlinie 2001/51/EG muss ersatzlos gestrichen werden.“

12. zu M3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 45, Z. 43f. Ersetze „Banden und Clans“ durch „Milizen“.

13. zu M3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 46, Z. 29 füge ein: Die Geflüchtetenunterbringungen auf dem europäischen Festland müssen ebenfalls dringend verbessert werden. Vielfach erfüllen sie selbst nicht humanitäre Mindeststandards.“

14. zu M3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 46, Z. 32 füge nach „Wir fordern:“ ein: „Die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX muss unverzüglich abgeschafft werden. Es steht für die menschenrechtswidrige und militarisierte

Grenzabschottung der EU. Da die Agentur zudem nicht demokratisch kontrolliert werden kann, bleibt nur die gänzliche Auflösung.“

15. zu M3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 47, Z. 38 füge nach „an Bord zu nehmen.“ ein: „Nach der Umsetzung dieser Sofortmaßnahmen muss die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland damit beginnen, die uneingeschränkte Bewegungsfreiheit für alle Menschen zu realisieren. Es kann unter keinen Umständen gerechtfertigt sein, dass ein Teil der Menschheit ihr Leben riskieren muss, um Grenzen zu überwinden, während ein privilegierter Teil genauso wie Waren und Kapital sich grenzenlos bewegen kann. Eine Welt ohne Grenzen ist möglich.“

16. zu M3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Füge ein S.47; Z.38

7. Internationale Solidarität ermöglichen statt Flucht bekämpfen

Die Europäische Union gemeinsam mit den 28 Mitgliedstaaten trägt nach Eigenangaben mehr als 50 Prozent der weltweiten Mittel für Entwicklungszusammenarbeit. Globale Ungleichheiten als zentrale Ursache für Fluchtbewegungen konnten bisher allerdings nicht wirksam eingedämmt werden. Seit der Verstärkung von Flüchtlingsbewegungen im Jahr 2015 hat die Europäische Union zusätzliche budgetäre Mittel in die Hand genommen, um den sogenannten Grenzschutz in den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten zu verstärken. Zusätzlich wurden über die längerfristigen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit hinaus verstärkt Mittel für Nord- und Westafrika bereitgestellt, die die ‚Fluchtursachen‘ bekämpfen sollen. Entwicklungszusammenarbeit muss sich stärker an Maßgaben internationaler Solidarität messen lassen, damit sie ihre intendierte oder vorgeschobene Wirkung erzielen. Sofortmaßnahmen sind nur dann hilfreich, wenn sie akute humanitäre Krisen bekämpfen und somit Flucht zu einer Option anstatt zu einer lebenserhaltenden Notwendigkeit macht.

Deshalb fordern wir:

- Einen ehrlichen Umgang in der Diskussion um die Bekämpfung von Fluchtursachen. Gerade die SPD muss als Partei der internationalen Solidarität (gem. Hamburger Programm) stärker die Wechselwirkung zwischen dem deutschen Engagement im Ausland und Fluchtbewegungen in die Europäische Union thematisieren. Aktionistische Konzepte der SPD zur Bekämpfung von Fluchtursachen in Zeiten hoher Flüchtlingsbewegung müssen allgemeinen Konzepten der Bekämpfung von globalen Ungleichheiten weichen.

Die Anerkennung der Flucht als legitimes Mittel zur Verbesserung der individuellen Lebenssituation. Fluchtbewegungen werden zuvörderst durch globale Ungleichheiten ausgelöst. Die Ermöglichung von Flucht ist daher oft das schnellste und effektivste Mittel internationaler Solidarität, unabhängig davon, ob sich die individuelle Fluchtmotivation aus kriegerischen Konflikten, Verweigerung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, Verletzung der körperlichen Unversehrtheit oder ökonomischen Erwägungen speist.

17. zu M3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 46, Z. 39-42: Ersetze durch: Die Staaten mit südlicher EU-Außengrenze können die Integration von tausenden Geflüchteten nicht alleine schultern. Die aus Seenot geretteten Flüchtenden müssen virtuell auf alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union nach einem festen Schlüssel solidarisch verteilt werden. Wenn ein Staat weniger Geflüchtete aufnimmt, als er müsste, muss er an diejenigen Staaten, die mehr Geflüchtete aufnehmen, als der Schlüssel besagt, zahlen. Diese Regelung kann auch durch die partielle Streichung von EU-Geldern an diesen Staat durchgesetzt werden. Die Verpflichtung zu den oben genannten Ausgleichszahlungen bleibt weiterhin bestehen. Außerdem müssen für Unterbringung, Betreuung und Asylverfahren Mindeststandards gelten, von denen einige EU-weit, andere Mitgliedslandspezifisch sein müssen.

18. zu M3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 46, Z. 46: Ersetze durch: „Keine Deals zur gewaltsamen Zurückhaltung von Flüchtenden“

19. zu M3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 47, Z. 17: füge ein vor „massiver“: trotz (redaktionell)

20. zu M3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 47, Z. 21: „Search-and-Resuce-Zone“ ersetzen durch „Search-and-Rescue-Zone“ (redaktionell)

Antragsbereich O: Organisation und Parteireform

Antrag O1_2/17

1. zu O1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

Z. 0: streiche Überweisung an BuKo

2. zu O1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 48, Z. 17 ersetze „an den Tag legt.“ durch „propagiert und systematisch diskriminiert.“

3. zu O1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 48 streiche Z. 19.

4. zu O1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 49, Z. 1 streiche letzten Satz

5. zu O1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S. 49 Z.1-2 streichen

6. zu O1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 48, Z. 14: ersetze „Satz 1“ durch „Satz 2“ (redaktionell)

7. zu O1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S48 Z 19 Streiche “Begründung”

1. zu O2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

streiche Überweisung BuKo

2. zu O2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S50 Z0 Ersetze "Jusos Pankow" durch "Jusos Charlottenburg Wilmersdorf"

3. zu O2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

Z: 22-23: Von "Wir" bis "wird" hervorheben

Antragsbereich S: Sport, Freizeit, Kultur

Antrag S1_2/17

1. zu S1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
Gendere den Gesamtantrag

2. zu S1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
S52 Z0 streiche "Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen"

3. zu S1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S 52 Z. 7 nach „beim“ einfügen „klassischen“

4. zu S1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
S. 52, Z.11: „Entwickler*innen und Sponsor*innen“ statt „Entwicklern und Sponsoren“

5. zu S1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
S. 52, Z.14: „Entwickler*innen und Sponsor*innen“ statt „Entwicklern und Sponsoren“

6. zu S1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
S. 52 Z. 21: Ersetze den letzten Satz durch:
„Die Anerkennung des Status der Gemeinnützigkeit soll dabei unabhängig vom Inhalt des Spiels geschehen, insoweit der Inhalt des Spiels nicht im Widerspruch mit dem Grundgesetz, sowie dem besonderen Schutz von Minderheiten steht und solange das Spiel das Kriterium erfüllt, einen kompetitiven Charakter zu haben, der den Wettbewerb zwischen professionellen Athlet*innen fördert.“

7. zu S1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
S52 Z23/24 Streiche von "solange" bis "fördert."

Antragsbereich T: Teilhabe und soziale Gerechtigkeit

Antrag T2_2/17

1. zu T2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Streiche S54 Z0 Weiterleitung an Bundeskongress und Bundesparteitag

2. zu T2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf, Jusos Neukölln

Streiche S54 Z9 "Begründung"

3. zu T2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Streiche S54 Z16-21

1. zu T3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

Überweisung an X-Hain

2. zu T3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Gendere den Gesamtantrag

3. zu T3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Füge ein in S57 Z 7

“Wir fordern, dass im PAT in Berlin Zuwendungen an Unternehmen an unbefristete Arbeitsverhältnisse und den Mindestlohn des Lands Berlin gebunden werden.”

4. zu T3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Streiche S57 Z8 “Begründung”

1. zu T4_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 59, Titel: Ändere Titel zu „Kinder haben ein Recht auf einen vollen Magen: kostenfreies Mittagessen jetzt!“

2. zu T4_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

Seite 59 füge ein nach Zeile 14:

„Diese erschreckenden Zahlen belegen erneut, dass das Hartz-IV System kein Leben in Würde zulässt. Dass Menschen und Familien, die staatliche Leistungen beziehen, in akute Armut gedrängt und gehalten werden, ist ein Skandal. Ein System, in dem sich Menschen nicht mal ein Mittagessen für ihre Kinder leisten können, gehört abgeschafft. Eine Grundsatzreform der sozialen Sicherungssysteme, die mit der entwürdigenden Hartz-IV-Sanktionspraxis radikal bricht, sowie mindestens Bezüge in der vom Paritätischen Wohlfahrtsverband geforderten Höhe gewährt, ist zwingend erforderlich. Forderungen nach kleineren Verbesserungen und das Drehen an Stellschrauben innerhalb dieses Systems können höchstens kurzfristige Akuthilfe schaffen, können die systemimmanenten Ursachen der Armut jedoch nicht beseitigen.“

3. zu T4_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 59 streiche Z. 23

4. zu T4_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 6? streiche ab Z. 12

5. zu T4_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S. 62 Füge ein einen neuen Bulletpoint nach Zeile 5:

Wir fordern eine Grundsatzreform des sozialen Sicherungssystems, die das Hartz IV – Paradigma endgültig beseitigt. Der ALG-II Regelsatz muss mindestens auf das vom Paritätischen Wohlfahrtsverband geförderte Maß angehoben wird.

1. zu T5_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 66, Z. 9 ersetze durch „Räumungen von Haushalten, die zur Obdachlosigkeit der Bewohner*innen führen, werden grundsätzlich verboten.“

2. zu T5_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 67, Z. 7: ändere „gültig ist, dafür“ zu „gültig ist. Dafür“ (redaktionell)

3. zu T5_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 67, Z.12: ändere „Einrichtungen schaffen die“ zu „Einrichtungen schaffen, die“ (redaktionell)

4. zu T5_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 67, Z. 20: ändere „bei Erwachsenen Menschen“ zu „bei erwachsenen Menschen“ (redaktionell)

5. zu T5_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 67, Z. 25: ändere „selbstgefährdenden und fremdgefährdenden Verhalten“ zu „selbstgefährdendem und fremdgefährdendem Verhalten“ (redaktionell)

6. zu T5_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 68, Z. 1: ändere „Machtlos“ zu „machtlos“ (redaktionell)

7. zu T5_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 68, Z. 7: ändere „sinkt“ zu „, sinkt“

1. zu T6_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Streiche S65 Z33 "Eine Reform ist daher notwendig"

2. zu T6_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S.66, Z. 1-3: Streiche von „den Ausschluss von Traglufthallen“ bis „sozialen Wohnungsbauten“

3. zu T6_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelberg

setze ein auf Seite 66, Zeile 9 nach „Haushalten“: „wenn keine adäquate Wohnalternative bereitsteht“

4. zu T6_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 66, Z. 9: ersetze durch: „gesetzliche Regeln, die Räumungen für Vermieter*innen erschweren, einschließlich der Verpflichtung der Vermieter*innen, in ihrem Auftrag durchgeführte Haushaltsräumungen beim Bezirksamt zu melden; das Bezirksamt zeichnet sich im Anschluss für die weitere Unterbringung der Betroffenen verantwortlich.“

5. zu T6_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 66, Z. 10 füge ein: „Auf die bereits unter der rot-grünen Regierung abgeschaffte „Vermieterbescheinigung“/„Wohnungsgeberbestätigung“ muss umgehend wieder verzichtet werden. Zukünftig muss es übergangsweise – mit Zustimmung der Mieter*innen – sich an einer Anschrift zu melden, an welcher die betreffende Person nicht selbst ansässig ist. Dieser Schritt ermöglicht es, vorübergehend die Wohnsitzlosigkeit zu überbrücken.“

Antrag T7_2/17

1 zu T7_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 67 streiche Z. 16.

1. zu T8_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S. 71 Z. 23: Füge ein hinter "geschaffen werden.": "Konkret wollen wir eine deutliche Erhöhung von Pauschalen für Geburten selbst sowie ausreichende Erstattung von Material, angemessene Zuschläge für Dienstleistungen wie 24h-Rufbereitschaft und einen besseren Stundenlohn für alle Vor- und Nachsorgeleistungen."

2. zu T8_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

Z. 25: Füge eine nach "In diesem Jahr hat": "beispielsweise"

3. zu T8_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 71, Z. 28: ändere „Haftpflichtfond“ zu „Haftpflichtfonds“ (redaktionell)

4. zu T8_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

Z. 26: Ersetze ""Das reicht uns nicht" durch: "Doch diese Debatte muss bundesweit geführt werden und muss konkrete Verbesserungen für Hebammen und Entbindungspfleger zur Folge haben."

5. zu T8_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 71, Z.31 füge ein als weitere Forderung
„- eine Mindestausbildungsvergütung“

6. zu T8_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 71, Z.31 füge ein als weitere Forderung
„- dass die Vergütung der Hebammen soll tariflich gesichert wird“

7. zu T8_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 71, Z.31 füge ein als weitere Forderung
„- dass es keinen Abbau der Arbeitsplätze durch sinkende Geburtsraten geben soll“

8. zu T8_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Marzahn-Hellersdorf

Ersetze Seite 72 Zeile 1 durch: „Selbstbestimmung über den Wohnort“

9. zu T8_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Marzahn-Hellersdorf

streiche Seite 72 in Zeile 17ff „Denn niemand sollte gezwungen sein JWD zu wohnen.“

1. zu T9_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 72, Z. 24 ändere „Standartmodernisierungen“ zu „Standardmodernisierungen“ (redaktionell)

2. zu T9_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 73, Z. 2: füge ein: „..., dass mindestens innerhalb des S-Bahnringes...“

3. zu T9_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 74, Z. 2 ersetze „innerhalb des S-Bahnringes möglichst“ durch „außerhalb des S-Bahnringes“.

4. zu T9_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 74, Z. 2 streiche „innerhalb des S-Bahnringes möglichst“.

Antragsbereich U: Umwelt und Verbraucher*innenschutz

Antrag U1_1/17

1. zu U1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S.74, Z.5 - S. 75, Z. 13: Ersetze "CO2" durch „Treibhausgas“

2. zu U1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S. 75 Z. 5: Ersetze "ökonomisch" durch "ökologisch"

3. zu U1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S.75, Z.14 - 15: Ersetze "CO2" durch „CO2-Äquivalent“

4. zu U1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S.75, Z.16 - 39: Ersetze "CO2" durch „Treibhausgas“

5. zu U1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

Z. 11: Streiche von " ein wettbewerblichen" bis "zu vereiteln"

6. zu U1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

Z.14-17: Streiche komplett

1. zu U1 Ernährung_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Streiche: „Der Bundeskongress...“

Streiche: „Der Bundesparteitag...“

1. zu U2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

Z. 0: ersetze „Überweisung an BuKo und YES-Kongress“ durch „Die S&D-Fraktion möge beschließen“

2. zu U2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Seite 78, Ergänze in Zeile 13 „Mittlerweile sind immer mehr klassische Haushaltsgegenstände mit dem Internet verbunden. Auch Angriffe auf Smart-Home Technologien oder die Bordcomputer in modernen Autos sind mit enormen Risiken verbunden. Schon alleine, weil auch hier zahlreiche persönliche Daten gespeichert und verwertet werden.“

3. zu U2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Seite 78, Ersetze in Zeile 14 „Dies ist vermeidbar!“ durch „Dieses Risiko ist minimierbar!“

Begründung: Absolute Sicherheit wird es nie geben. Also völlig vermeiden lässt sich das nicht

4. zu U2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Seite 78 Zeile 16 füge nach „notwendige Updates“ ein „aktuell freiwillig“

5. zu U2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 78 streiche in Z. 17-18 von „Google“ bis „Erfolg“

6. zu U2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Seite 78 Zeile 17 streiche von „Google“ bis „Erfolg“

Begründung: Es ist etwas merkwürdig in einem solchen Antrag, den Konzern, der nahezu eine Monopolstellung hat, so abzufeiern. Außerdem könnte Google von Heute auf Morgen entscheiden aufzuhören Sicherheitsupdates in dem Umfang bereitzustellen und dann haben wir nichts gewonnen

7. zu U2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Seite 78, Zeile 22 ersetze „die Updates (...) an die Nutzer*innen weiterzugeben“ durch „regelmäßige Sicherheitsupdates der auf den Geräten installierten Software durchzuführen. Insbesondere muss die Haftung im Schadensfall bei den Hersteller*innen und nicht bei den Nutzer*innen liegen.“

Begründung: Nur die Verpflichtung zur Weitergabe reicht nicht. Es muss auch gesichert sein, dass es überhaupt Updates gibt, die weitergegeben werden können.

8. zu U2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

Ergänze Seite 79 nach Zeile 7 um:

„Um eine langfristige Weiterverwendung der Geräte sicherzustellen, soll im Falle keiner weiterer Updates durch den Hersteller – auch nach der Mindestunterstützung von Sicherheitsupdates – dieser

dazu verpflichtet sein, den Quellcode für nicht-kommerzielle Zwecke bereitzustellen, so dass eine Weiterentwicklung durch die Öffentlichkeit und von Privatpersonen möglich ist.“

9. zu U2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Ersetze S79 Z5 ab “Die Versorgung” bis Z7 “unterschreiten.” durch:

“Die Versorgung mit Sicherheitsupdates soll dabei das zweifache der durchschnittlichen Nutzungsdauer der Geräte, wie sie das Bundesfinanzministerium angibt, keinesfalls unterschreiten. Sie soll aber in jedem Fall mindestens für 10 Jahre garantiert sein.”

10. zu U2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Seite 79, Streiche Zeile 8-14

*Begründung: Wir wollen, dass alle Hersteller*innen zu Sicherheitsupdates verpflichtet werden. Daher macht eine Kennzeichnungspflicht in meinen Augen wenig Sinn.*

11. zu U2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Streiche S79 Z11 ab “Die” bis Z14 “führen.”

1. zu U3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Ersetze im Titel "elektrisch" durch "emissionsfrei"

2. zu U3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Ersetze "Elektromobilitätsquote" durch "Quote für emissionsfreie Antriebe"

3. zu U3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 81, Z. 6 ersetze „2035“ durch „2030“

4. zu U3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S.81, Z.6: Ersetze „werden keine Neuwagen mit Verbrennungsmotor in Deutschland zugelassen“ durch „dürfen keine Neuwagen mit Verbrennungsmotor in Deutschland zugelassen werden“

5. zu U3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelberg

S.81, streiche Zeile 11-14

6. zu U3_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

Ersetze S. 81 Z. 15-18 durch:

„Doch auch die Umstellung des gesamten bestehenden Individualverkehrs auf Fahrzeuge mit elektrischem Antrieb verbraucht immer noch zu viele Ressourcen. Der motorisierte Individualverkehr muss auf ein notwendiges Minimum reduziert werden, im Gegenzug müssen ÖPNV und der öffentliche Fernverkehr ausgebaut werden.

Auch der Radverkehr muss gestärkt werden. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass Fahrradfahren nicht inklusiv und barrierefrei ist. Gerade ältere Menschen können dieses Verkehrsmittel nicht nutzen.

Weiterhin muss bei Planungen mitgedacht werden, dass Radwege die übrigen Verkehrsmittel nicht gleichbleibend entlasten - in kalten und nassen Jahreszeiten sinkt der Anteil des Radverkehrs stark.“

Antragsbereich V: Verkehr und Mobilität

Antrag V1_2/17

1. zu V1_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Streiche S82 Z24 "Begründung"

1. zu V2_2/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Streiche: „Der Bundeskongress möge...“